Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
Einleitung	
A. Das Ausgangsproblem	1
B. Herangehensweise und Stand der Forschung	6
als Orientierungspunkte	7
IV. Kompetenz zur Güterzuordnung	
	2123
D. Gang der Darstellung	26
Teil 1 Grundlagen der Güterzuordnung	
§ 1 Begriffliche Konkretisierung der Fragestellung	32
I. Begriffe und Dogmatik	37 37
	46

II. Güterzuordnungsrelevante Bereiche und Begriffe	
des Privatrechtssystems	48
1. Rechtsverhältnisse	48
2. Subjektive Rechte	48
3. Gestaltungsrechte	50
4. Relative Rechte	50
5. Absolute Rechte	52
C. Hier verwendete Begrifflichkeiten und Grundunterscheidung	54
I. Subjektive Rechte, insbesondere Ausschließlichkeitsrechte	54
1. Primäre und sekundäre subjektive Rechte	54
2. Ausschließlichkeitsrechte	56
II. Schutz auf der Grundlage gesetzlicher Schuldverhältnisse	61
III. Rechtsposition	61
D. Zusammenfassung	62
D. 240001111101110000116	02
§ 2 Der verfassungsrechtliche Rahmen	65
A. Fragestellung	65
B. Die Bedeutung der Grundrechte	
für ein Rechtsprinzip der Güterzuordnung	66
I. Grundrechte und Privatrecht	66
1. Die mittelbare Drittwirkung der Grundrechte	66
2. Herleitung und Struktur grundrechtlicher	
Schutzpflichten	
II. Güterzuordnungsrelevante Grundrechte	73
1. Menschenwürde und Güterzuordnung	74
2. Allgemeine Handlungsfreiheit und Güterzuordnung	74
3. Allgemeines Persönlichkeitsrecht und Güterzuordnung	81
4. Eigentumsgarantie	84
C. Verfassungsrechtliche Grundlagen	
und Grenzen richterlicher Entscheidung	84
I. Die Überwindung des engen Gesetzespositivismus	85
II. Die Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht	87
D. Zusammenfassung	92
§ 3 Ökonomische Grundlagen der Güterzuordnung	94
A. Warum "ökonomische Grundlagen"?	94
I. Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften	95
II. Positive und normative ökonomische Analyse	98
11. I OSILIVE UIIU HOLHIAUVE ONOHOHOHIISCHE IMALYSE	10

B. Die positive ökonomische Analyse der Güterzuordnung	
	100
I. Begriff und Grundfunktionen von property rights	
II. Differenzierende Analyse von property rights	
2. Verschiedene Güter und Nutzungen	
a) Verbrauchbare Naturgüter	
b) Nicht verbrauchbare Güter, deren Nutzung	
rivalisierend ist	107
c) Öffentliche Güter	108
d) Immaterielle Güter	108
aa) Immaterielle Güter im Vergleich zu anderen	100
Gütern	109
bb) Unterschiedliche Immaterialgüter und daran bestehende property rights	110
(1) Immaterialgüter mit einem Nutzwert als	110
solchem	110
(2) Kennzeichen	115
3. Der originäre Rechtsinhaber	
III. Schlussfolgerungen und Grenzen der positiven ökonomischen	
Analyse	117
C. Die normative ökonomische Analyse und ihre Grenzen	123
I. Normative Kriterien	
II. Umsetzung im Verhältnis zur Rechtsordnung	125
D. Der Adressat eines normativen Postulats der Güterzuordnung	130
E. Zusammenfassung	132
Teil 2	
Die Rechtsgrundlagen der Güterzuordnung	
§ 4 Beispiele und relevante Rechtsgrundlagen	136
A. Zweck der Darstellung	136
B. Beispiele für "neue" Güter und ihre Zuordnung	137
I. Bilder von Sachen	
1. Sachverhaltskonstellationen	7
2. Diskutierte Rechtsgrundlagen	
3. Argumente	
II. Übertragung von Sportveranstaltungen	
1. Jaciiveinaliskonstenalionen	ITJ

Inhaltsverzeichnis

2. Diskutierte Rechtsgrundlagen	145
3. Argumente	
III. Inzwischen durch das Immaterialgüterrecht zugeordnete	
Güter	151
1. Sachverhaltskonstellationen	151
2. Diskutierte Rechtsgrundlagen	155
3. Argumente	159
IV. Internet-Domain	163
1. Sachverhaltskonstellation	163
2. Diskutierte Rechtsgrundlagen	164
3. Argumente	166
V. Geheimnisse	166
1. Sachverhaltskonstellation	166
2. Diskutierte Rechtsgrundlagen	167
3. Argumente	
VI. Energieverbrauch, insbesondere elektrische Energie	170
1. Sachverhaltskonstellationen	170
2. Diskutierte Rechtsgrundlagen	171
3. Argumente	172
VII. Persönlichkeitsmerkmale	173
1. Sachverhaltskonstellationen	174
a) Klassisches allgemeines Persönlichkeitsrecht	174
b) Vermögenswerte Bestandteile des Persönlichkeitsrechts.	175
2. Diskutierte Rechtsgrundlagen	175
a) Klassisches allgemeines Persönlichkeitsrecht	
b) Vermögenswerte Bestandteile des Persönlichkeitsrechts.	189
3. Argumente	
a) Klassisches allgemeines Persönlichkeitsrecht	
b) Vermögenswerte Bestandteile des Persönlichkeitsrechts.	
VIII. Virtuelle Güter aus Online-Welten	
C. Fazit	20/
§ 5 Normierte Ausschließlichkeitsrechte	211
Λ Τ	211
A. Fragestellung	211
B. Vertikale und horizontale Grenzen des Schutzbereichs	
normierter Ausschließlichkeitsrechte	212
I. Das Sacheigentum	212
1. Die rivalisierende Nutzung von Sachen als vertikale	
Grenze	213
a) Die Sache als zugeordnetes Gut	
b) Die Einwirkung als zugeordnete Nutzung	
2. Die horizontale Grenze zugeordneter Sachnutzungen	

Inhalts verzeichnis	XIII
II. Immaterialgüterrechte	226
3. Kennzeichenrecht	
§ 6 Deliktsrecht des BGB	237
A. Einführung und Übersicht	237
B. Das "sonstige Recht" gem. § 823 Abs. 1 BGB	240
im BGB	
des Deliktsrechts des BGB	249
1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	255
a) Schutzgegenstand und Schutzzweck	256264
3. "Sonstige Rechte" und Familienrecht	271
V. Zusammenfassende Stellungnahme	
I. § 826 BGB und die Funktion des Deliktsrechts	278
 Die Entwicklungsfunktion als Generalklausel Das Enumerationsprinzip und die Begrenzung 	278
des Tatbestands	
 Güterschutz als Gebot der guten Sitten	284
von § 826 BGB	285
b) Zweck der Norm	
D. Der allgemeine Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch I. Der allgemeine Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch als Ausdruck der Anerkennung gegen jedermann wirkender	289
subjektiver Rechte?	289

 III. Tatbestand des allgemeinen Unterlassungs- und Beseitigungs- anspruchs 1. Voraussetzungen 2. Bewertung IV. Das verwirklichte Rechtsprinzip V. Folgerungen für die dogmatische Einordnung des allgemeinen Unterlassungs- und Beseitigungsanspruchs 	293296302303306
VI. Folgerungen für die Frage nach dem Rechtsprinzip der Güterzuordnung	309
E. Ergebnis	311
§ 7 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	313
A. Einführung	313
 II. Güterschutz auf der Basis des UWG 1. Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz im UWG 1909 a) Entwicklung der Rechtsprechung b) Dogmatische Verarbeitung in der Literatur 2. Wettbewerbsrechtlicher Leistungsschutz im UWG 2004/2008 a) Grundzüge der Rechtsprechung 	316320
C. Das UWG als Sonderdeliktsrecht	338
I. Individuelle Interessen und Interessen der Allgemeinheit 1. Reiner Individualschutz 2. Sozialrechtliches Verständnis 3. Schutzzwecktrias 4. Schutz des Allgemeininteresses am unverfälschten	342345347
Wettbewerb	349
der §§ 1, 3 UWG	350
	353
diskussion	
verfassungs- und europarechtlicher Vorgaben	359

	Inhalts verzeichnis	XV
	II. Schutz unverfälschten Wettbewerbs1. Ordnung subjektiver Wettbewerbsfreiheiten als Ziel	362
	des Lauterkeitsrechts	363
	2. Folgerungen für die Frage nach der Güterzuordnung	
	III. Konkretisierung des Zwecks des UWG	
	 Wahrung der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs Inkompatibilität eines grundsätzlichen Leistungsschutzes 	
	mit diesem Zweck	374
E.	Die güterzuordnungsrelevanten Regelungen des UWG	376
	I. Nachahmung als unlauterer Wettbewerb	377
	1. Besondere Umstände	377
	2. Zweck und Struktur der einschlägigen Verbote	383
	3. Rechtsfolgen	384
	II. Weitergehender Leistungsschutz?	388
F.	Zusammenfassung	396
\$ 8	Bereicherungsrecht	402
A.	Einführung	402
В.	Deliktsrecht und Bereicherungsrecht	408
	und Bereicherungsrecht	
	Die Rechtswidrigkeitstheorie	413
C.	Eingriffskondiktion und Güterzuordnung	417
	I. Einheitlicher Zweck des Bereicherungsrechts?	
	II. Zweck der Eingriffskondiktion	
	1. Herleitung	
	2. Theoretische Verarbeitung: Lehre vom Zuweisungsgehalt . III. Offenheit und Grenzen des Tatbestands der Eingriffs-	
	kondiktion	429
	1. Offene Tatbestandsmerkmale	429
	2. Enumeration der Haftung	432
D.	Quellen und Voraussetzungen des Zuweisungsgehalts	437
	I. Interne oder externe Generierung des Zuweisungsgehalts	
	II. Voraussetzungen externer Güterzuweisung	
	des Zuweisungsgehalts	443
	2. Vertretene Auffassungen	
	a) Negativer Zuweisungsgehalt	
	b) Positiver Zuweisungsgehalt	

aa) Grundlagen	
bb) Übertragbare Rechte	
cc) Gesetzliche Güterzuordnung	
ee) Marktrelevanztheorie	
3. Stellungnahme	
a) Negativer oder positiver Zuweisungsgehalt?	
b) Positiver Zuweisungsgehalt	
aa) Marktrelevanztheorie	
bb) Rechtlich anerkannte Verwertung	
cc) Gesetzliche Zuweisung von Vermögensvorteilen	
E. Zusammenfassung	467
§ 9 Geschäftsführung ohne Auftrag	473
A. Einführung	473
B. Echte und unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	478
I. Die Unterscheidung zwischen echter und unechter	170
Geschäftsführung ohne Auftrag	478
1. Vertretene Auffassungen	
2. Stellungnahme	
II. Zweck der echten Geschäftsführung ohne Auftrag	
(§§ 677–686 BGB)	484
	492
C. Geschäftsanmaßung im Vergleich zum Delikts-	
und Bereicherungsrecht	
I. Geschäftsanmaßung und Deliktsrecht	496
II. Geschäftsanmaßung und Bereicherungsrecht	500
D. Der Tatbestand der Geschäftsanmaßung gem.	
§ 687 Abs. 2 BGB	504
I. Enumeration der Haftung	504
II. Interne oder externe Ausfüllung des Merkmals "fremdes	
Geschäft"	509
III. Bedeutung des Tatbestandsmerkmals "fremdes Geschäft"	511
1. Gesetzliche Zuweisung von Gewinnen	512
2. Anwendungsbeispiele	519
E. Zusammenfassende Stellungnahme und Überleitung	523
I. Güterzuordnender Gehalt der Geschäftsführung ohne	
Auftrag	523
II. Gesetzliche Schuldverhältnisse und Güterzuordnung	527
III. Überleitung zum Rechtsverkehrsrecht	532

Inhaltsverzeichnis	XVII
§ 10 Generalklauseln des Rechtsverkehrs	534
A. Einführung	534
I. Relevanz der Verkehrsfähigkeit	534
II. Herangehensweise	
III. Aufbau	
B. Die Begründung der Übertragbarkeit	
I. Begriff der Übertragbarkeit	539
im Überblick	543
III. § 413 BGB als Rechtsgrundlage der Übertragbarkeit? IV. Die Ermächtigung als Ersatzinstrument zur Begründung	546
der Verkehrsfähigkeit?	551
1. Einführung	551
2. Rechtsnatur der Ermächtigung	556
a) Ermächtigung als Teilrechtsübertragung?	
b) Die Ermächtigung als Überlassung zur Ausübung c) Die Ermächtigung als der Vertretung verwandtes	559
Rechtsinstitut	560
3. Grenzen zulässiger Ermächtigung	563
a) Grenzen der Einziehungsermächtigung und	
der gewillkürten Prozessstandschaft b) Einwilligungsermächtigung als unzulässige Verpflichtungs-	
ermächtigung	565
V. Zusammenfassung	568
C. Nießbrauch und Pfandrecht an Rechten	
I. Einführung	
der Nießbrauchsbestellung und Verpfändung?	
III. Kritik	574
1273 Abs. 1 BGB	574
insbesondere dem Unternehmen	578
IV. Zwischenergebnis und Verbindungslinien zur Übertragbarkeit und zur Pfändbarkeit	584
D. Zwangsvollstreckung	587
I. Einführung	
II. § 857 ZPO als Rechtsgrundlage der Zwangsvollstreckung?	589
III. Kritik	593
1. Zwangsvollstreckungsrecht als Verfahrensrecht	593
2. Begrenztheit der Zwangsvollstreckung	

3. Zwangsvollstreckung in subjektive Rechte	98 03 06
b) Geheimnisse	80
E. Insolvenz	11 14
der Insolvenzmasse	22 26 27 30
IV. Zusammenfassung	
F. Vererblichkeit	36 40 44 47 50
G. Strukturen des Rechtsverkehrsrechts	
§ 11 Die Eigentumsgarantie als Grundlage der Güterzuordnung	
A. Einführung	60
B. Der Schutzbereich der Eigentumsgarantie	65

Inhalts verzeichnis	XIX
 Art. 14 GG als normgeprägter Tatbestand Merkmale des verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriffs a) Privatnützigkeit und Verfügungsbefugnis als formale 	
Merkmale des verfassungsrechtlichen Eigentums b) Irrelevanz von Leistung, Vermögenswert und	675
Verkehrsanschauung	682 683 685 687 689
III. Zwischenergebnis	
C. Zuordnungsgebot aus Art. 14 GG? I. Gestaltungsbefugnis und Bindung 1. Das Paradox der Eigentumsgarantie 2. Die Ebenen der Bindungs- und Verpflichtungswirkung a) Generelle Bestandsgarantie und Schutzpflichten b) Konkrete Institutsgarantie c) Abstrakte Institutsgarantie II. Pflicht zur Schaffung verfassungsrechtlichen Eigentums 1. Materielle Voraussetzungen a) Grundlagen b) Grenzen des Zuordnungsgebots 2. Kompetenz und Verfahren zur Umsetzung des Zuordnungsgebots	 692 694 695 698 702 702 708 711
D. Zusammenfassende Stellungnahme I. Kein Zuordnungsgebot aus Art. 14 GG 1. Schutzbereich a) Ergebnisse b) Anwendung auf das Recht am Gewerbebetrieb 2. Die Pflicht zur Gewährleistung des Eigentums II. Eigentum und Freiheit	717 718 718 719 723
§ 12 Güterzuordnung auf der Basis eines Rechtsprinzips?	730
A. Rechtsprinzipien als Mittel zur Überwindung der Hürde zwischen Sein und Sollen	730
B. Die Kerngedanken der Zuordnung	733 734

C. Geltung als zur Rechtsfortbildung legitimierendes	
Rechtsprinzip?	739
I. Scheinbare und fehlende "Begründungen"	
II. Naturrecht als Quelle des Rechtsprinzips?	745
1. Naturrechtliche Ansätze	745
2. Kritik	747
a) Normabhängigkeit und Wandelbarkeit des Eigentums .	748
b) Legitimität des Naturrechts	752
c) Das Grundgesetz als Einbruchstelle und Begrenzung des	
Naturrechts	756
III. Die fehlende Durchführung der Zuordnungsgedanken	
in der Rechtsordnung	761
1. Die Kerngedanken der Güterzuordnung und	
das Grundgesetz	761
2. Die Kerngedanken der Zuordnung und das Privatrecht	763
IV. Grenzen der Kompetenz der Judikative im demokratischen	
	766
V. Rechtsphilosophische Bestätigung des Transformations-	770
	772
VI. Wahrung gleicher Freiheit als kollidierendes Rechtsprinzip	784
D. Ergebnis	790
т 12	
Teil 3	
Konsequenzen und Ausblick	
§ 13 Grenzen güterzuordnungsrelevanten Rechts	
und Lösung der Beispielsfälle	794
A D' C 1 1 D 1	70.4
A. Die Grenzen güterzuordnungsrelevanten Rechts	
	794
II. Grenzen deliktsrechtlicher Dynamik	
1. Fortbildung des BGB-Deliktsrechts	
a) Statik und Dynamik des BGB-Deliktsrechts	
	797
	799
	802
aa) Voraussetzungen für eine Überwindung des	
Enumerationsprinzips	802
	805
2. Anwendung der lauterkeitsrechtlichen Generalklausel	
a) Dynamik des Lauterkeitsrechts	811
b) Allgemeine Marktstörung und Investitionsschutz	812

	Inhaltsverzeichnis	XXI
	B. Lösung der Beispielsfälle	
	I. Bilder von Sachen	
	II. Übertragung von Sportveranstaltungen	81/
	und Parfüm	
	IV. Internet-Domain	
	V. Geheimnisse	
	VI. Energieverbrauch, insbesondere elektrische Energie	
	VII. Persönlichkeitsmerkmale	
	1. Schutz vor Kommerzialisierung	
	a) Zu Lebzeiten	
	b) Postmortal	
	2. Ermöglichung von Kommerzialisierung	836
	3. Die Marlene-Rechtsprechung als verfassungswidrige	020
	Rechtsfortbildung	838
	a) Verfassungsrechtliche Verankerung des Persönlich- keitsschutzes	020
	b) Kein Rechtsprinzip der Zuordnung persönlicher	000
	Merkmale	245
	VIII. Virtuelle Güter aus Online-Welten	
	ville virtuelle Gatel aab Cilille Weltell	
	§ 14 Dogmatik des Güterzuordnungsrechts	856
	A. Subjektive Rechte vs. gesetzlicher Interessen- und Güterschutz	857
	I. Das subjektive Recht als irrelevante Hilfsvorstellung?	857
	II. Güterschutz als Verwirklichung eines subjektiven Rechts?	863
	III. Relative Ausschließlichkeit?	872
	B. Eine allgemeine Theorie der Güterzuordnung	273
	I. Die privatautonome Begründung primärer relativer Rechte	
	II. Die richterliche Kompetenz zum Schutz negativer Freiheit	0/1
	im Verhältnis zu jedermann	880
	III. Die gesetzgeberische Kompetenz zum Schutz positiver	
	Freiheit im Verhältnis zu jedermann	884
	C. Zusammenfassung	888
,		
	§ 15 Güterzuordnung und Freiheitsschutz im Privatrecht	891
	A. Eine Generalklausel für Ausschließlichkeitsrechte?	891
	B. Freiheitsschutz als Aufgabe der Privatrechtswissenschaft	

Inhaltsverzeichnis

1. Das subjektive Recht als notwendiges Element einer	
freiheitlichen Rechtsordnung	896
2. Die Hypertrophie der Ausschließlichkeitsrechte als Gefahr	000
	899
II. Instrumente des Freiheitsschutzes im Privatrecht	906
1. Grenzen der Zuordnung und Haftung als Schutz	
der Freiheit	906
2. Freiheitsschutz durch das allgemeine Gesetz	907
Literaturverzeichnis	911
Personen- und Sachverzeichnis	979